



Deutsche PsychotherapeutenVereinigung
Dipl.-Psych. Gebhard Hentschel, Neubrückenstr. 60, 48143 Münster

An den
Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Herrn Karl-Josef Laumann
Fürstenwall 25

40219 Düsseldorf

Landesgeschäftsstelle Westfalen Lippe

Dipl.- Psych. Gebhard Hentschel
Neubrückenstr. 60
48143 Münster
Telefon (0251) 482 90 61
Fax (0251) 482 90 62
E-Mail HentGeb@aol.com

Bundesgeschäftsstelle

Am Karlsbad 15, 10785 Berlin
Telefon (030) 2350090, Telefax (030) 23500944
bgst@deutschepsychotherapeutenvereinigung.de
www.deutschepsychotherapeutenvereinigung.de
Postbank Berlin, BLZ 100 100 10
Konto-Nr. 0738846104
Steuer Nr. 27/624/50651

Vorab per Fax: 0211 – 8553211

Dortmund, den 15.03.07

Namensänderung der Psychotherapeutenkammer NRW

Sehr geehrter Herr Minister Laumann,

Die Deutsche PsychotherapeutenVereinigung, Landesgruppe Westfalen – Lippe, sieht in dem jetzt von den Ärztekammern NRW betriebenen Änderungsbegehren hinsichtlich der Namensführung der Psychotherapeutenkammer NRW den Versuch einer unerträglichen Gängelung der Psychologischen Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten.

Im Rahmen der diesjährigen Mitgliederversammlung sprechen sich die niedergelassenen Psychologischen Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten mit aller Entschiedenheit gegen die von den Ärztekammern im Rahmen einer Novellierung des Heilberufegesetzes angestrebte Umbenennung in Kammer für Psychologische Psychotherapeuten und Kinder und Jugendlichenpsychotherapeuten aus.

Mit dieser immensen Bürokratisierungsaktion lenken die Ärztekammern, die in der Nennung „Psychotherapeutenkammer NRW“ eine „Irreführung des Bürgers“ sehen, von eigenen massiven Nachwuchsproblemen der so genannten „P- Ärzte“ ab. Es wird übersehen, dass diese Ärzte als solche approbiert sind und erst durch eine Weiterbildung bzw. Fortbildung die Qualifikation zur Erbringung psychotherapeutischer Leistungen erlangen. Hierbei führt ein Flickenteppich, für den Außenstehenden nur schwer durchschaubarer Fortbildungsbestandteile, zu sehr unterschiedlichen Qualifikationsniveaus der Ärzte.

Der 109. Deutsche Ärztetag in Magdeburg, dessen Beschlüsse nun die Landesebene erreicht zu haben scheinen, hat die Probleme der Ärzte teilweise benannt.

Unter TOP 2: „Behandlung von Menschen mit psychischen und psychosomatischen Erkrankungen: gegen Stigmatisierung – zur Stärkung der ärztlichen Psychotherapie“ war hier auch problematisiert worden, inwieweit die psychotherapeutisch tätigen Ärzte unter einer Stigmatisierung innerhalb der eigenen Kollegenschaft leiden.



Den weitergebildeten und fortgebildeten Ärzten, fehlt die Anerkennung und Akzeptanz in den eigenen Reihen der approbierten Ärzte.

Erst mit der Etablierung des Heilberufes des Psychologischen Psychotherapeuten und des Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten, den approbierten Psychotherapeuten, gelang es den tatsächlichen Versorgungsbedarf annähernd festzustellen und eine, an den anderen Facharztgruppen gemessene, wenn auch immer noch stark divergierende, Honorierung zu erstreiten - von der nun auch die psychotherapeutisch tätigen Ärzte profitieren.

Längst schien sich ein kooperatives Nebeneinander zu etablieren, da muss die Ärzteschaft feststellen, dass sie die im Psychotherapeutengesetz eingeforderte Schutzklausel, die ihnen ermöglicht bis zu 40 % der Psychotherapeutensitze in einem Zulassungsbezirk zu besetzen, nicht ausfüllen kann. Noch immer sind in Westfalen – Lippe ca. 160 Praxissitze für psychotherapeutisch tätige Ärzte unbesetzt. Diese Schutzklausel belastet die psychotherapeutische Versorgungssituation, da qualifizierten Psychologischen Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten diese Sitze verwehrt bleiben – lange Wartezeiten auf einen Psychotherapieplatz sowie massive Versorgungssengpässe in der psychotherapeutischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen bleiben (Nicht)Versorgungsrealität.

Die Mitgliederversammlung der Deutschen PsychotherapeutenVereinigung, der Landesgruppe Westfalen – Lippe, die mit ca. 750 Psychotherapeuten einen Großteil der niedergelassenen Psychotherapeuten vertritt, fordert die Verantwortlichen in den Gremien der Selbstverwaltung nachhaltig auf, sich kooperativ den dringenden Versorgungsfragen der Patienten zu stellen und erinnert den Gesetzgeber an seine Zusagen die Bürokratie abzubauen und nur solche Gesetzesvorhaben zu unterstützen, die eine Bürgernahe und qualifizierte Versorgung unterstützen können.

Stellen Sie diese Gesetzesinitiative umgehend ein.

Mit freundlichen Grüßen

Gebhard Hentschel
(Landesvorsitzender)

